



Innen- und Rechtsausschuss  
Die Vorsitzende

Kiel, 9. September 2021  
Landeshaus  
Tel. (0431) 988 1143  
(0431) 988 1152  
Fax (0431) 988 610 1180  
Innenausschuss@landtag.ltsh.de

## Kurzb e r i c h t

über die 125. Sitzung des **Innen- und Rechtsausschusses**

am Mittwoch, dem 8. September 2021, 14:00 Uhr  
im Plenarsaal des Landtags

Beginn: 14:05 Uhr

**1. Bericht der Landesregierung zum aktuellen Stand des geplanten Bodenfonds**

Antrag der Fraktion der SPD

[Umdruck 19/6163](#)

Der Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung berichtete, eine kurze Aussprache schloss sich an.

**2. Bericht der Beauftragten für die Landespolizei Schleswig-Holstein bei dem Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages**

[Drucksache 19/3018](#)

Die Polizeibeauftragte stellte den Bericht vor, eine Diskussion schloss sich an. Einstimmig nahm der Ausschuss den Bericht, [Drucksache 19/3018](#), abschließend zur Kenntnis.

**3. Entwurf eines Gesetzes zur ambulanten Resozialisierung und zum Opferschutz in Schleswig-Holstein (ResOG SH)**

Gesetzentwurf der Landesregierung

[Drucksache 19/2681](#)

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

[Umdruck 19/6272](#)

Der Tagesordnungspunkt wurde abgesetzt. Der Ausschuss nahm in Aussicht, ihn in der Sitzung am 20. Oktober 2021 wieder aufzurufen und dem Landtag zum Oktober-Plenum eine Beschlussempfehlung zuzuleiten.

**4. a) Entwurf eines Gesetzes zur Einführung eines kommunalen Beauftragten für Menschen mit Behinderungen**

Gesetzentwurf der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 19/1286](#)

**b) Entwurf eines Gesetzes zur Einführung eines Beauftragten für Menschen mit Behinderungen auf kommunaler Ebene**

Gesetzentwurf der Fraktion der AfD

[Drucksache 19/1327](#) (neu) - 2. Fassung

Vorbehaltlich des Votums des mitberatenden Sozialausschusses schloss der Ausschuss die Beratung der Vorlagen ab. Gegen die Stimmen von SPD und SSW mit den Stimmen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP empfahl er den Gesetzentwurf der Abgeordneten des SSW, [Drucksache 19/1286](#), dem Landtag zur Ablehnung. Den Gesetzentwurf der Fraktion der AfD, [Drucksache 19/1327](#) (neu) - 2. Fassung, empfahl der Ausschuss dem Landtag einstimmig zur Ablehnung.

**5. Entwurf eines Gesetzes zur Beteiligung des Schleswig-Holsteinischen Landtages beim Erlass von Rechtsverordnungen nach § 32 Infektionsschutzgesetz (Schleswig-Holsteinisches Infektionsschutz-Parlamentsbeteiligungsgesetz - IfSPBG SH)**

Gesetzentwurf des Zusammenschlusses der Abgeordneten der AfD

[Drucksache 19/2698](#)

Nachdem ein Antrag des Abg. Schaffer auf Durchführung einer schriftlichen Anhörung einstimmig abgelehnt wurde, empfahl der Ausschuss dem Landtag den Gesetzentwurf des Zusammenschlusses der Abgeordneten der AfD, [Drucksache 19/2698](#), einstimmig zur Ablehnung.

**6. Containern legalisieren**

Antrag der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 19/2386](#)

**Lebensmittelverschwendung wirksam bekämpfen**

Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

[Drucksache 19/2446](#)

Mit den Stimmen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen von SPD und SSW empfahl der Ausschuss dem Landtag den Antrag der Abgeordneten des SSW, [Drucksache 19/2386](#), zur Ablehnung. Den Alternativantrag der regierungstragenden Fraktionen, [Drucksache 19/2446](#), empfahl der Ausschuss bei Enthaltung der SPD dem Landtag einstimmig zur Annahme.

**7. Besetzung der Stelle einer Präsidentin oder eines Präsidenten des Oberlandesgerichts bei dem Schleswig-Holsteinischen Oberlandesgericht in Schleswig**

Schreiben des Justizministers vom 17. August 2021

[Umdruck 19/6144](#)

In nicht öffentlicher und vertraulicher Sitzung beriet der Ausschuss über die durchgeführte Anhörung der Bewerberinnen und Bewerber und beschloss einen Wahlvorschlag, der dem Landtag zum Oktober-Plenum zugeleitet werden soll.

**8. Landesstrategie „Bildung für nachhaltige Entwicklung“**

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 19/3062](#)

Der Ausschuss beschloss, gemeinsam mit dem federführenden Umwelt-, Agrar- und Digitalisierungsausschuss eine schriftliche Anhörung zu der Vorlage durchzuführen.

**9. Munitionsaltlasten in Nord- und Ostsee**

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 19/3188](#)

Der Ausschuss bittet das Innenministerium um einen Bericht in einer der nächsten Sitzungen.

**10. Verschiedenes**

Der Ausschuss beschloss, unmittelbar im Anschluss an das Plenum am Freitag, 24. September 2021, eine Sitzung durchzuführen (ausschließlich Verfahrensfragen).

Schluss: 16:00 Uhr

gez. Dr. Sebastian Galka